Kretschmann soll durchhalten

BAWÜ-CHECK *Große Zustimmung der Anhänger von Grünen und CDU für den Ministerpräsidenten – Bürger begrüßen Solarpflicht*

Von unserer Korrespondentin Ulrike Bäuerlein

Er sollte es noch einmal richten. Dass Winfried Kretschmann Regierungschef von Baden-Württemberg bleiben sollte, das war der Wunsch einer überwiegenden Mehrheit der Bürger im Land vor der Landtagswahl im März 2021. Das Wahlergebnis sprach eine entsprechend deutliche Sprache, Kretschmann und seine Grünen konnten sich den Regierungspartner aussuchen. Der grüne Spitzenpolitiker setzte das Bündnis mit der CDU trotz Widerstands in den eigenen Reihen fort.

Kontinuität Die Anhänger von Grünen und CDU wünschen sich ebenfalls Kontinuität – und zwar von Kretschmann. Mehr als zwei Drittel der Grünen-Wähler und 64 Prozent der CDU-Wähler wollen, dass der heute 73-Jährige als Regierungschef über die volle Amtszeit von fünf Jahren geht. Anders sieht es in der Gesamtheit der Bevölkerung aus: Nicht einmal jeder Zweite (45 Prozent) erwartet, dass Kretschmann die ganze Legislaturperiode im Amt bleibt. Und immerhin ein knappes Drittel der Befragten plädiert dafür, dass er vorzeitig den Platz räumt.

Dies geht aus dem sechsten Teil des BaWü-Checks zum Meinungsklima im Land nach der Wahl hervor. Die Umfrage wird durch das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen erhoben.

CDU-Dilemma Dass CDU-Anhänger kein Interesse an einem vorzeitigen Rückzug Kretschmanns haben, liegt auf der Hand. Das würde die CDU in das Dilemma bringen, zum Erhalt der Regierungsbeteiligung entweder einen Kretschmann-Nachfolger aus dem grünen Lager mit zu wählen, der sich dann profilieren und mit Amtsbonus in die Landtagswahl 2026 ziehen könnte. Oder die CDU ließe, würde sie die Wahl eines Kretschmann-Nachfolgers verweigern, die Koalition platzen und fände sich in der Opposition wieder.

Desinteresse Wenig überraschend ist auch, dass die CDU-Anhänger mit 72 Prozent Zustimmung weit glücklicher über die Neuauflage von Grün-Schwarz sind als die Grünen-Wähler, von denen nicht einmal die Hälfte das Bündnis gutheißt. In der Gesamtheit stimmen 35 Prozent der Befragten Grün-Schwarz zu, während knapp einem Drittel eine Koalition aus Grünen, SPD und FDP lieber gewesen wäre. Bedenklich für die Politik: 34 Prozent der Bürger ist es egal, von welcher Koalition sie regiert werden.

Geht es um konkrete Inhalte, haben viele Bürger eine Meinung. Aber wer Minister ist und welche Partei welches Ministerium führt, interessiert dagegen kaum. Beispiel Solarpflicht: Da mögen FDP und AfD noch so zetern – die beschlossene Solarpflicht für Neubauten oder grundlegende Sanierungen findet in der Bevölkerung einen recht großen Rückhalt. 47 Prozent halten diesen Beschluss für richtig. Und das, obwohl den Menschen klar sein dürfte, dass es nicht nur Häuslebesitzer selbst, sondern über Umlagen auch die Mieter sein werden, die dafür bezahlen müssen. 37 Prozent lehnen die Solarpflicht ab.

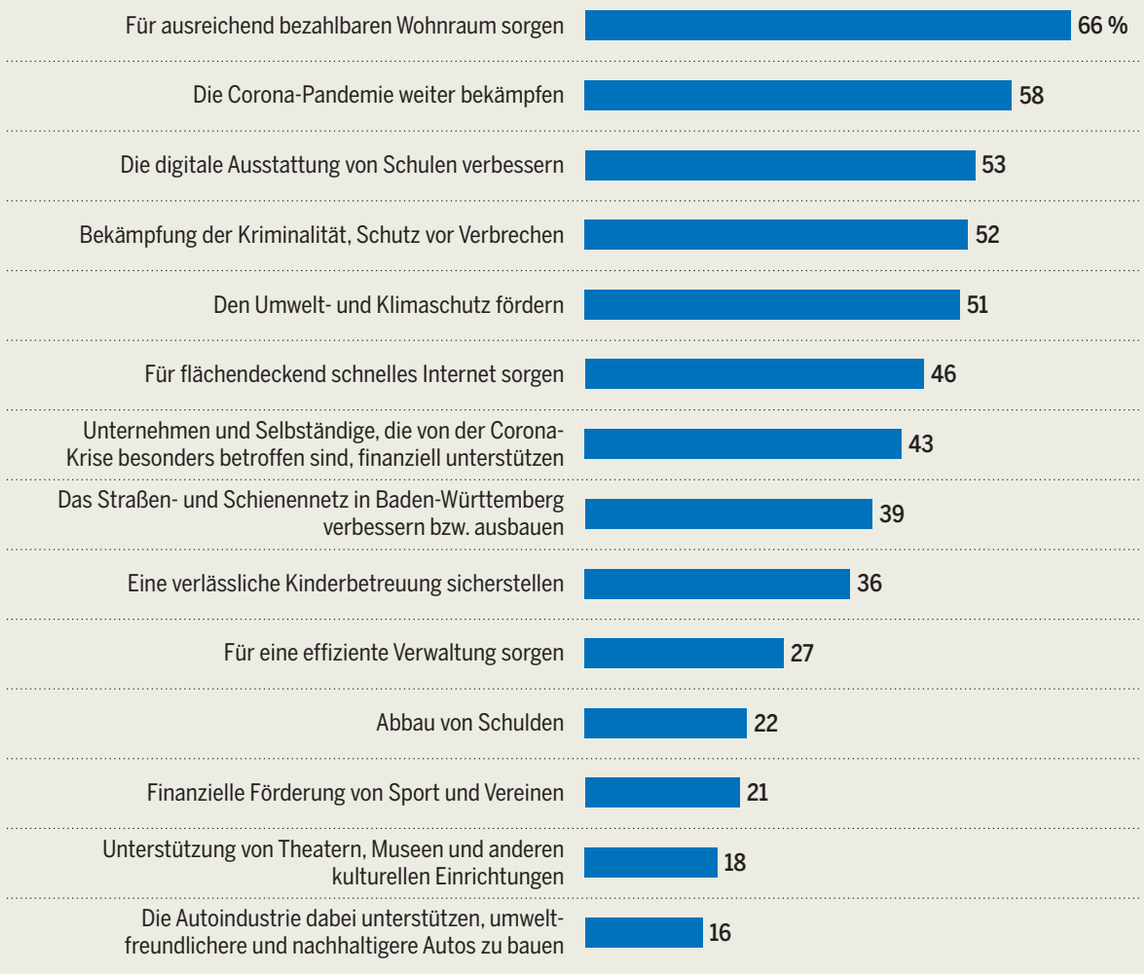
Hundeführerschein Während viele Menschen sich für zentrale Fragen der Landespolitik nicht interessieren, hat zu dem beschlossenen „Sachkundenachweis für Hundehalter" praktisch jeder eine Meinung. Hundehalter halten ihn – wenig überraschend – mehrheitlich (52 Prozent) für übertrieben. Wer selbst keinen Hund hat, hält den „Hundeführerschein" dagegen überwiegend (63 Prozent) für eine gute Idee. Und auch unter allen Befragten ergibt sich bei diesem Thema ein klares Bild: 57 Prozent der Bürger sind dafür, 33 Prozent sind gegen den Hundeführerschein.

Meinung der Bevölkerung

Alle Angaben in Prozent

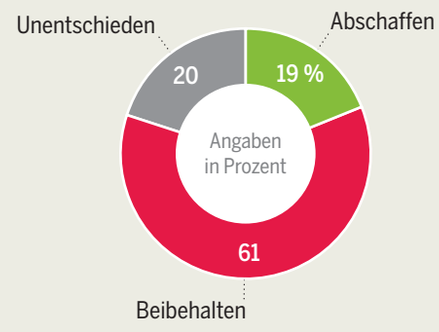
Die politischen Prioritäten der Bürger nach der Landtagswahl

Frage: „Was sind in Ihren Augen die wichtigsten Aufgaben, um die sich die neue Regierung in Baden-Württemberg kümmern sollte?"



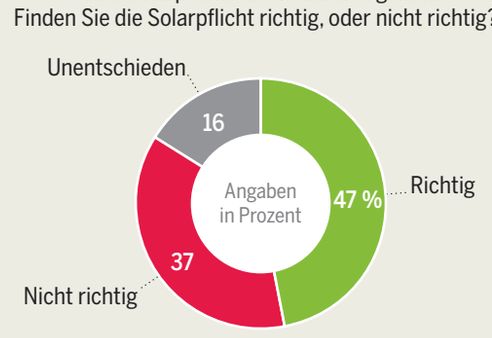
Schuldenbremse in Baden-Württemberg

Frage: „Sind Sie dafür, die Schuldenbremse abzuschaffen, oder sollte die Schuldenbremse beibehalten werden?"



Solarpflicht für Neubauten

Frage: „In Baden-Württemberg soll ab Anfang 2022 eine Solarpflicht für Neubauten gelten. Finden Sie die Solarpflicht richtig, oder nicht richtig?"



HSt-Grafik, Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6163/VI, Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre

Corona-Masche: Warnung vor Telefonbetrügern

TUTTLINGEN Ein angeblich schwer an Covid erkrankter Verwandter in Lebensgefahr und ein sündhaft teures rettendes Medikament: Telefonbetrüger sind in Baden-Württemberg mit einer neuen Masche unterwegs. Die Kriminellen hätten am Dienstag in verschiedenen Landkreisen versucht, mit dieser Art der Angstmache an Geld zu gelangen, teilte die Polizei mit. Die Anrufer hätten sich als Ärzte oder Krankenschwestern ausgegeben. Sie behaupteten den Angaben zufolge, ein Angehöriger der Angerufenen liege mit Covid in der Klinik und könne nur mit einem Medikament gerettet werden, das für 40 000 Euro aus dem Ausland per Helikopter eingeflogen werden müsse.

Zwar hätten die Betrüger mit ihrer Covid-Masche bislang kein Geld ergaunert, teilte die Polizei mit. Trotzdem seien sie offenbar sehr überzeugend aufgetreten. Denn viele der Angerufenen hätten in den umliegenden Krankenhäusern angerufen und sich nach den angeblich schwer erkrankten Familienmitgliedern erkundigt. *dpa*

Kurz notiert

Mehr Geld für Züge

STUTTGART Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) braucht einem Zeitungsbericht zufolge deutlich mehr Geld als vorgesehen, um bis zu 130 elektrische Doppelstock-Triebzüge anzuschaffen. Das berichten die „Stuttgarter Nachrichten" und der „Mannheimer Morgen". Den Mehrbedarf begründe das Land mit gestiegenen Herausforderungen, „die neuen Anforderungen aus der Digitalisierung des Stuttgarter Knotens mit den damit verbundenen infrastrukturellen Anforderungen zu berücksichtigen", zitiert das Blatt einen Ministeriumssprecher. Außerdem habe das Land mit Blick auf den Klimawandel hohe Anforderungen an die Klimaanlagen in den Zügen gestellt, erklärt der Sprecher gegenüber der Zeitung die Kostensteigerung. *dpa*

Flugmanöver missglückt

LEUTKIRCH Ein Pilot ist bei einer Bruchlandung seines Leichtflugzeugs auf einem Flugplatz bei Leutkirch im Allgäu unverletzt geblieben. Seine Maschine wurde bei dem Unfall am Dienstag zusammengestaucht und erheblich beschädigt. Eine Polizeisprecherin schätzte den Schaden auf mehrere 100 000 Euro. Ihren Angaben nach wollte der Mann ein sogenanntes „Touch and go"-Manöver fliegen, bei dem ein Flugzeug kurz auf der Landebahn aufsetzt und gleich wieder durchstartet. Das misslang aus zunächst unklarer Ursache. Gestartet war der Pilot in Vorarlberg. *dpa*

Staatspreis geplant

STUTTGART Baden-Württemberg will das Bauen und Umbauen in bestehenden Quartieren mit einem Staatspreis verstärkt fördern. Der nächste Staatspreis Baukultur soll nach dem Willen der Ministerin für Landesentwicklung und Wohnen, Nicole Razavi, zu einem Staatspreis Umbaukultur umfunktioniert werden, teilte die Landes-Architektenkammer am Montagabend in Stuttgart mit. „Ausgelobt wird er im Frühjahr 2023", sagte die CDU-Ministerin zuvor beim „Sommerlichen Talk" im Haus der Architekten. Auch der Klimaschutz spiele dabei eine Rolle. *dpa*

Demo aufgelöst

LUDWIGSBURG Am Rande einer AfD-Veranstaltung hat die Polizei in Ludwigsburg eine Gegendemonstration aufgelöst. Nach Polizeiangaben hatte die Hälfte der Demonstranten am Montag ihren zugewiesenen Platz verlassen und versucht, in eine Musikhalle vorzudringen, in der sich die Partei traf. Ein 20 Jahre alter Aktivist sprang dabei mit den Füßen voraus auf zwei Polizisten. Er bekam eine Anzeige wegen tätlichen Angriffs auf Polizeibeamte. *dpa*

Kretschmann will Beamte und Kommunen bei Sparrunde 2022 verschonen

STUTTGART Die grün-schwarze Koalition will Beamte und Kommunen bei der Sparrunde im kommenden Jahr verschonen und dafür an eigenen Projekten kürzen. „Für den Haushalt 2022 haben wir keine Einschnitte bei den Beamten vorgesehen", sagte Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) am Dienstag in Stuttgart. Die geplanten Einsparungen in Höhe von 250 Millionen Euro müssten von den Ressorts erbracht werden. „Das wird ein Heulen und Zähneklappern geben", sagte Innenminister und CDU-Landeschef Thomas Strobl. Der Ministerrat hatte am Dienstag die Eckpunkte des Haushalts 2022 beschlossen. Demnach will Grün-Schwarz trotz einer coronabedingten Lücke in Höhe von 3,6 Milliarden Euro im nächsten Jahr ohne neue Schulden auskommen. Strobl sagte, neben den Staatsdienern würden auch die Kommunen bei den Sparbemühungen ausgenommen. Stattdessen müssten sich die Ressorts überlegen, was noch dringend notwendig sei. Es könnten auch Dinge nicht verwirklicht werden, die eigentlich gut seien. Das würden die Chefgespräche von Finanzminister Danyal Bayaz (Grüne) mit den anderen Ministern zeigen. Strobl warnte die Kolleginnen und Kollegen: „Es wird nicht funktionieren nach dem Motto: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass."

Anders als 2022 sieht der Nachtragsetat für dieses Jahr neue Corona-Notstandskredite in Höhe von 1,2 Milliarden Euro vor. Trotz der Rüge des Rechnungshofs will Kretschmann den Etat an diesem Mittwoch im Landtag beschließen lassen. „Wir gehen natürlich nicht davon aus, dass der Haushalt verfassungswidrig ist, sonst hätten wir ihn ja nicht eingebracht", sagte der Grüne. Die im Nachtrag geplanten Schulden seien nur Kreditermächtigungen für den Fall, dass sich die Corona-Krise verschärfe. „Ob sie gezogen werden müssen, wird man sehen." *dpa*

Mit Strahlen gegen Viren

Aerobuster-Geräte sollen Coronaviren und andere Krankheitserreger aus der Raumluft inaktivieren

Von Marco Krefting

KARLSRUHE Eines ist soweit klar: Das Coronavirus verbreitet sich vor allem über die Luft. Durch Aerosole, die beim Niesen, Husten, Sprechen und auch nur beim Atmen ausgestoßen werden. Doch viele Fragen dabei sind noch unbeantwortet, wie Umweltmedizinerin Claudia Traidl-Hoffmann vom Helmholtz-Zentrum München erklärt. „Welche Rolle spielt zum Beispiel die Temperatur? Welchen Einfluss hat UV-Strahlung? Das wissen wir noch nicht genau." Auch der nötige Abstand, um eine Infektion über den Luftweg mit großer Sicherheit zu vermeiden, kennen Forscher noch nicht. „Die 1,5 Meter, die immer genannt werden, sind bestenfalls ein Richtwert", macht Traidl-Hoffmann deutlich.

Um mehr über Aerosole herauszufinden, vor allem aber um zu erforschen, wie Viren dort gefunden und inaktiviert werden können, hat die Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren ein transdisziplinäres Konsortium gegründet. Hier arbeiten Virologen, Aerobiologen, Internisten sowie Ingenieure und Physiker zusammen. „Große Anforderungen wie eine Pandemie kann man nur fachübergreifend lösen", sagt Traidl-Hoffmann, die Sprecherin des mit sechs Millionen Euro ausgestatteten Konsortiums ist.

UV-C-Strahlung Neben Experten aus mehreren Helmholtz-Zentren und anderen Institutionen wie dem Universitätsklinikum Augsburg seien rund 30 Unternehmen involviert, damit die entwickelte Technik schnell umgesetzt werden kann. Auch große Supermarktketten seien beteiligt, um die Geräte in den Filialen einsetzen zu können. Am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) haben Forscher einen Aerobuster entwickelt, der Coronaviren und andere Krankheitserreger aus der Raumluft inaktivieren kann. Die Apparatur besteht aus einem einfachen Metallrohr, einem Lüfter, einem Heizmodul und einem Strahler für ultraviolettes Licht, erläutert Miterfinder Horst Hahn, Leiter des Instituts für Nanotechnologie des KIT. Die Luft wird über den Lüfter angesaugt. Dann werden die Aerosole getrocknet und die Viren mit UV-C-Strahlung inaktiviert. Eine Technik, die auch andere derartige Geräte nutzen, sagt der Professor. Alternative Luftfilter arbeiten etwa mit sogenannten Hepa-Filtern, die besonders dicht sind.

Horst Hahn, Direktor des Instituts für Nanotechnologie (INT) am Karlsruher Institut für Technologie (KIT), zeigt einen Prototyp des sogenannten Aerobuster. Foto: dpa

Vielseitig einsetzbar In kürzester Zeit – im schnellsten Fall rund 0,2 Sekunden – müssten alle Viren lahmgelegt sein. Bei vielen Tests habe sein Team die idealen Komponenten etwa bei der Strahlung ermittelt, sagt Hahn.

Sowohl in Klassenzimmern als auch in anderen Orten mit viel Publikumsverkehr wie Krankenhäusern, Pflege- und Altenheimen, Restaurants, Büros, Werkshallen oder öffentlichen Verkehrsmitteln sowie deren Wartezonen könnten die Aerobuster eingesetzt werden, sagt er. Dazu sollten mehrere in einem Raum verteilt sein. Die Lüfter seien so leise, dass man daneben auch arbeiten könne. *dpa*